



Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Obmann der Fraktion DIE LINKE im
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Hubertus Zdebel, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Bundesministerium der Verteidigung
Frau Bundesministerin Ursula von der Leyen
Postfach
11055 Berlin

Berlin, 06.08.2015

Bezug:
Anlagen:

Hubertus Zdebel, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 3.806
Telefon: +49 30 227-74332
Fax: +49 30 227-76332
hubertus.zdebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro Münster:

Achtermannstr. 19
48143 Münster
Telefon: +49 251 4909246
Fax: +49 251 4909352

Wahlkreisbüro Gelsenkirchen:

Wildenbruchstr. 17
45888 Gelsenkirchen
Telefon: +49 209 91358855
Fax: +49 209 91358857

Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Münster, Herrn Markus Lewe, vom 24.07.2015

Sehr geehrte Frau Bundesministerin von der Leyen,

als Bundestagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE aus der Stadt Münster unterstütze ich das Ihnen vom Münsteraner Oberbürgermeister, Herrn Markus Lewe, per Schreiben vom 24. Juli 2015 vorgetragene Anliegen, die in Münster befindlichen, zum Teil ungenutzten Kasernenstandorte an der Manfred-von-Richthofen-Straße sowie in Münster-Handorf für die Unterbringung von Flüchtlingen zu öffnen. Als kurzfristige Maßnahme ist dies notwendig, um auf die wachsenden Zuzugszahlen der vergangenen Wochen und Monate zu reagieren und die hilfebedürftigen Menschen rasch mit festen Unterkünften zu versorgen.

Den von Oberbürgermeister Lewe vorgetragenen Wunsch, die Unterbringung in Zelten zu vermeiden, möchte ich nachdrücklich unterstreichen: Es ist nicht akzeptabel, dass Geflüchtete in provisorisch errichteten Zelten und Containerwohnungen untergebracht werden. Dies entspricht nicht den Standards eines menschenwürdigen Lebens in der Bundesrepublik und darf nicht zum Normalfall werden. Vielmehr haben der Bund, die Länder und die Kommunen jederzeit gemeinsam für eine sichere und menschenwürdige Unterbringung der geflüchteten Menschen zu sorgen und diese zu gewährleisten. Als oberste Dienstherrin der Bundeswehr fordere ich Sie auf, die dafür notwendigen Maßnahmen umgehend in die Wege zu leiten.

Dass es jetzt überhaupt erforderlich ist, Asylsuchende kurzfristig in ungenutzten Kasernen unterzubringen, ist ohnehin auf das Versäumnis der Bundesregierung zurückzuführen, rechtzeitig für ausreichende Kapazitäten und finanzielle Mittel zu sorgen, um die Kommunen zu unterstützen. Liegen die berechneten Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten in 2015 bei fünf bis sechs Milliarden Euro für die



Länder und Kommunen, so ist die bislang zugesagte „pauschale Hilfe“ des Bundes in Höhe von einer Milliarde Euro eindeutig zu wenig. Doch anstatt die Soforthilfen sofort aufzustocken, bleibt die Bundesregierung weiter untätig und verschiebt das Problem auf die Zeit nach der parlamentarischen Sommerpause. Das ist angesichts der Nöte der betroffenen Menschen und der Überforderung der Kommunen unverantwortlich.

Fast täglich erreichen uns neue Meldungen über Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. Mit Schrecken beobachte ich, wie in den letzten Monaten aus den Reihen der Regierungskoalition (stellvertretend nenne ich nur Thomas de Maizière und Horst Seehofer) wiederholt gegen Geflüchtete gehetzt und die in Teilen der Bevölkerung bestehende flüchtlingsfeindliche Stimmung zusätzlich angefacht wurde. Und die Bundesregierung belohnt die Rassistinnen und Rassisten von PEGIDA und Co auch noch mit einer repressiven Asylrechtsverschärfung.

Dieser Umgang der Bundesregierung mit Menschen, die nach Deutschland kommen, weil sie vor Krieg, Verfolgung und Not in ihren Herkunftsländern flüchten, ist skandalös. Die Bundesregierungen der letzten Jahre waren in der EU selbst die treibende Kraft, eine wachsende Zahl von Geflüchteten von der Festung Europa fernzuhalten (u.a. mit der paramilitärischen FRONTEX-Agentur). Und zugleich waren und sind sie für die Fluchtgründe mitverantwortlich: In Afghanistan ist die Bundeswehr selbst Kriegspartei und Besatzungsmacht, unter Ihrem Kommando, Frau Ministerin. Deutschland rangiert weltweit auf Platz vier bei Waffenexporten, Waffen werden auch an diktatorische Regime geliefert. Neoliberale Handelsabkommen mit armen Ländern bescheren der deutschen Exportindustrie steigende Profite, bedeuten für die übergroße Mehrheit der heimischen Bevölkerung aber Armut, Hunger und politische Destabilisierung. Und allein in den Balkanstaaten hat die EU-Liberalisierungspolitik das Leid v.a. der Ärmsten der Armen (oft Roma, die ohnehin diskriminiert werden) vervielfacht.

Eine grundsätzlich andere Außen- und Wirtschaftspolitik ist von dieser Bundesregierung wohl nicht zu erwarten. Ich erwarte jedoch zumindest, dass Sie wenigstens die dringend benötigten Soforthilfen für die Kommunen in die Wege leiten und als Sofortmaßnahme die Kasernen vor Ort für die kurzfristige Unterbringung geflüchteter Menschen zur Verfügung stellen.

Mit besten Grüßen

Hubertus Hebel